

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
folgt das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Merkmalen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Deutschland.

Berlin, 16. März. Unter der Ueberschrift „Echte Dinge“ bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Artikel, der im Wesentlichen lautet:

Erörterungen, welche in einem Theile der Oppositionsgruppe an das Ergebnis der ersten Sitzung der Militärkommission in der Kommission angeschlossen werden, scheinen geeignet, die Ansichten über die Grundlagen der Militärverträge vollständig zu verschieben, die leitenden Gedanken derselben zu entstellen und den gesunden Menschenverstand sowohl wie das patriotische Gewissen irre zu führen. Die „Vossische Zeitung“ schreibt unter anderem: „Zunächst geräth die oft gehörte Behauptung, daß die Vorlage in der Erhöhung der Präsenzstärke und der Steigerung der Kosten nur die unerlässlichen „Kompensationen“ für die zweijährige Dienstzeit enthalte, in sich.“ Eine solche „Behauptung“ ist aber von berufener Seite niemals aufgestellt worden. Im Gegentheil, die der Vorlage beigegebenen gerundeten Motive bezeichnen die volle Ausnutzung unserer nationalen Wehrkraft als deren Zweck. Denselben Gedankengang hat der Reichskanzler in allen seinen Äußerungen festgehalten. Zum Ueberflus geht aus einer der Militärkommission seitens der Militärverwaltung zugesetzten „Nachweisung“ formell wie inhaltlich klar hervor, aus welchen verschiedenen Gesichtspunkten die einzelnen Theile der Militärverträge zu beurtheilen sind. Diese Zusammenstellung zerlegt den Personal- und Gebührensatz für die Heeresverpflichtung in drei Gruppen. Die erste umfaßt „Ausgleichsmaß“ nahmen zur Einführung einer verkürzten Dienstzeit, die zweite Gruppe enthält die „Neuformationen“, die dritte beschäftigt sich mit den „Sonstigen Verpflichtungen“. Unter Nr. 1 fallen die viersten Infanteriebataillone und die Erhöhung der Postenstärke der Bataillone, Batterien u. s. w. auf einen der zweijährigen Dienstzeit angepaßten Etat. Diese „Kompensationen“ umfassen nahezu 2/3 der gesamten in Aussicht genommenen Forderungen. Sie wurden in ihrer unerlässlichen Nothwendigkeit und praktischen Unerblichkeit eingehend und wie wir glauben, auch für einen nicht unbedeutenden Theil der Gegner der Vorlage überzeugend nachgewiesen. Trotzdem hat es den langjährigen politischen Verehrern der zweijährigen Dienstzeit beliebt, diese Kompensationen in Bausch und Bogen abzulehnen, und damit die zweijährige Dienstzeit überhaupt nicht zu erörtern, sondern sie einen mathematischen Beweis da zu fordern, wo lediglich Gründe der Praxis entscheiden können. Die Gründe hängen hauptsächlich davon, daß wir bei der abgeklärten Dienstzeit das Geiste unseres Heeres nicht lockern, sondern mindestens auf dem jetzigen Standpunkte erhalten wollen und erhalten müssen. Dazu brauchen wir als Kompensation eine Verkleinerung der Truppenstärke, welche nicht allein numerisch und organisatorisch, sondern auch in Vertheilung der „Symponenabilität“ das ausgleichende soll, was der Armee durch den Wechsel des dritten Dienstjahres an innerem Werthe entzogen würde.

Es kommt nicht allein auf die „kriegsfertige Ausbildung des Mannes“ an, sondern auf die Leistungsfähigkeit des militärischen Organismus der Truppe als solcher, und dafür bilden Friedensausbildung und Friedensorganisation die Grundlagen. Wer aber diesen inneren Zusammenhang militärischer Dinge nicht kennt und nur mit Rechenregeln arbeitet, der mag tausendmal das äußere Recht haben, über militärische Dinge mitzureden oder mitzuschreiben, ohne deshalb den Anspruch erheben zu können, daß man ihm in solchen militärischen Lebensfragen vertraut. Dieses Vertrauen wäre mehr wie ungerechtfertigt, es wäre strafbar, wenn man es da entgegenbrächte, wo Äußerungen fallen, wo „ob zur beschleunigten Ausbildung der Rekruten die viersten Bataillone“ nötig seien oder nicht, ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Es gibt Militärs genug, die sie verneinen.“ Solche Militärs gibt es nicht, die sie nicht eine Frage verneinen können, die überhaupt nicht gestellt worden ist. Der „Vossischen Zeitung“ scheinen die Verhandlungen der Militärkommission ebenso unbekannt geblieben zu sein, wie die oben erwähnten „Nachweisungen“, sonst müßte sie wissen, daß die viersten Bataillone mit einer beschleunigten Ausbildung der Rekruten nicht das Geringste zu thun haben. Im Gegentheil, sie sollen eine vertiefte und ungehörte Ausbildung der Rekruten ermöglichen.

Auf demselben Niveau stehen die Bemerkungen über den zeitraubenden Drill für die Parade, über Kolossalparaden u. s. w. Es sind alte Bekannte aus der sogenannten Konfliktzeit, während doch die Opposition alle Veranlassung hätte, 1. alle militärischen Reminiscenzen an jene Zeit zu vermeiden, und 2. sich wenigstens nicht im Auslande lächerlich zu machen, da speziell in Frankreich seit 1870-71 der preussische Drill — auch die preussischen Paraden — aufs eifrigste nachgemacht werden, weil man in diesen Dingen mit einer der Ursachen unserer militärischen Überlegenheit erkannt hat. — Für die Reichsregierung dreht sich die Heeresreform nicht um jene nackte zweijährige Dienstzeit, für sie ist die zweijährige Dienstzeit vielmehr nur Mittel zum Zweck, um eine allgemeine Heeresverpflichtung zu erreichen, welche sie angesichts des militärischen Stärkeverhältnisses in anderen Staaten für nötig hält und welche sie auf anderem Wege nicht glaubt erreichen zu können. Diese Heeresverpflichtung, die die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht antreibt, muß über das Maß von Kompensationen für die zweijährige Dienstzeit hinausgehen. Die verbündeten Regierungen haben den Hause ausgedrückt, daß es sich bei der Militärverträge um sehr ernste, militärisch notwendige, wirtschaftlich erreichbare Ziele handle. Diesen Standpunkt zu verlassen, haben sie auch nach dem Ausfall der ersten Sitzung in der Kommission keine Veranlassung. Sie können sich einem Vortheilpunkt nicht anpassen, welcher daraus hervorgeht: Wir nehmen das, was uns patriotisch-politisch zu sagt, und fragen nicht danach, was die Armee braucht, um ihre Aufgabe dem Vaterlande gegenüber im Frieden wie im Kriege voll und ganz erfüllen zu können!

Prinz Heinrich von Preußen wird der „N. R.“ zufolge bestimmt Ende dieses Sommers nach Berlin und Potsdam überföhrd, um seinen kaiserlichen Bruder von den wach-

den Repräsentationspflichten zu entlasten. Eine Rangbeförderung des Prinzen soll dafür bevorstehen.

Nach einer Mittheilung der hiesigen japanischen Gesandtschaft ist die jüngst erwähnte Drahtmeldung des bekannten früheren japanischen Militärattachés, des Majors Futschima, nicht aus Wladivostok, sondern aus Wladowostschensk in Sibirien gekommen, wo allerdings der fähige Reiter gesund und wohl eingetroffen ist. Von dort aus will er erst seinen Rück durch die Mandschurei nach Wladivostok antreten. Es liegt auch nicht mehr in der Absicht Futschima's, sich nach Wladivostok nach Japan zu begeben, sondern er wird von dort nach Peking und sodann nach Shanghai reiten, darauf auf einem Dampfer nach Nagasaki fahren und schließlich von Nagasaki aus wieder zu Fuß an der japanischen Küste entlang bis nach Tokio, dem Endziele seiner Reise, weiter reiten.

Teltow, 15. März. Bei dem Kreisanschuß des Teltower Kreises ist der Antrag eingegangen: „als Beihilfe zu den Kosten des Baus der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche aus den Ueberflüssen der landwirtschaftlichen Zölle (Ex-Huene) nach Maßgabe der verfügbaren Mittel einen Betrag von 30 000 bis 50 000 Mark in den Haushalts-Etat für 1893-94 aufzunehmen und diesen Antrag mit auf die Tagesordnung des nächsten Kreisrates zu setzen.“

In der Begründung dieses Antrages heißt es u. A.: „Es bedarf zur Vollendung der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche noch eines namhaften Betrages, welcher durch das von Sr. Majestät dem Kaiser und Königin huldvollst gewährte Gnadengeschenk von 150 000 Mark nur zum Theil gedeckt wird. In erster Reihe wird es daher der Kreis Teltow für eine Ehrenpflicht zu halten haben, dem Gedächtnis des hochseligen Kaisers Wilhelm I. in hochherziger Weise hier einen Teil der Dankbarkeit darzubringen.“

Köpen, 15. März. Die Generalversammlung des polnischen landwirtschaftlichen Zentralvereins beschloß, dem „Bund der Landwirthe“ gegenüber eine abwartende Stellung einzunehmen.

Wilhelmsbafen, 14. März. Die Dreischaubentwerfte „Kaiserin Augusta“, die, wie schon mehrfach erwähnt, die internationale Flottenrevue bei Venedig in Vertretung des deutschen Reiches mitmachen wird, erhält morgen ihre volle etatsmäßige Besatzung, die von hier aus nach Kiel in Marsch gesetzt wird; zu gleicher Zeit übernimmt auch Kap. z. See Wilhelm das Kommando über das Schiff. So viel bekannt ist, schreibt der „New York Herald“, wird der 26. April der Versammlungstag der Geschwader bei Hampton Roads sein. Rußland setzt anfangs des Aprils in Aussicht genommenen größeren Geschwaders drei Kreuzer. Oesterreich, Rumänien, Griechenland, die Türkei, Serbien und Uruguay haben, derselben Quelle nach, bereits abgelehnt, jedoch die fremden Mächte, soweit es sich jetzt übersehen läßt, mit im ganzen 27 Schiffen versehen werden. Nach einer Korrespondenz der „Army and Navy Gazette“ wird die russische Marine auf der Ausstellung selbst durch ein großes Modell des neuen Kreuzers „Dmitri“ ein Halbmodell des Panzerschiffes „Kawatsi Now“ und Modelle verschiedener Torpedoboote und anderer maritimer Konstruktionen vertreten sein. Große Ausstellungen machen unsere deutschen Schiffbauern. Die Vorkommenheit findet verschiedene Modelle von Schlachtschiffen und anderen Fahrzeugen, sowie einen Plan ihres ganzen Stabissements. Die Germaniafahrt wird durch Modelle der für unsere Marine gebauten Schiffe „Bismarck“, „Kaiserin Augusta“, „Prinzess Wilhelm“, „Siegfried“ und „Graf“ vertreten. Schidhan findet vorzüglich ausgeführte Torpedoboote Modelle. Dasselbe Blatt meldet, daß Italien außer den Stammschiffen „Centa“, „Giordani Baffano“ und „Dagali“ noch die Kanonenboote „Andrea Provana“ und „Sebastiano Veniero“ hinüber jenseits werde. Zur Repräsentation der amerikanischen Flotte ist eine Summe von 300 000 Doll. vorgesehen.

Kiel, 14. März. Aus der Marine nahe- stehenden Kreisen wird berichtet: Wie schon aus- weisung gemeldet, werden am 1. April d. J. zum ersten Mal seit dem Bestehen unserer Marine zwei Kadettenschulfschiffe („Stein“, Kommandant Kapitän zur See v. Wietersheim; „Stoich“, Kommandant Kapitän zur See Rittermeier) in Dienst gestellt werden. Das Oberkommando der Marine hat sich hierzu aus zwei Gründen veranlaßt geföhrt, deren einer in der vermehrten Einstellung von Marineoffiziersaspiranten überhaupt liegt, während der andere internerer Natur ist. Schon in den letzten Jahren hat sich von Jahr zu Jahr mehr, besonders in den Sommermonaten, wenn die Mehrheit des gesammten schwimmenden Flottenmaterials in Dienst war, ein fühlbarer Mangel an Seecoffizieren bemerkbar gemacht. Um diesem zu steuern, der natürlich im Ausbruch eines Krieges sich noch bei weitem fühlbarer vor Augen stellen würde, das Reserve-Offizierkorps der Marine findet im Kriegsalter seine Stationierung zum großen Teil nur am Lande bei Strandbatterien u. s. w.), war es notwendig, für einen größeren Nachschub des Offizierkorps zu sorgen. So haben seit zwei bis drei Jahren vermehrte Einstellungen von Kadetten (der jährliche Zuwachs ist von 35 bis 40 auf 80 gestiegen) stattgefunden. In den beiden letzten Jahren wurden diese sämtlich an Bord der „Stoich“ eingeschifft, was aber das Mische zur Folge hatte, daß der oder die mit der Ausbildung der Kadetten beauftragten Offiziere den einzelnen aus dem Auge verloren. Diefem Uebelstande mußte um so mehr abgeholfen werden, als sich die Vorgesetzten gerade über eben Kadetten ein positives Urtheil bilden müssen, inwiefern er sich zum Seecoffizier überhaupt eignet, damit er im Fall der Nothwendigkeit nach den ersten sechs Monaten entlassen werden kann. Dieser Mangel wird von jetzt ab dadurch beseitigt sein, daß man eben die ein- getretenen Kadetten auf zwei Schulfschiffe vertheilt. Aber auch die fernere Ausbildung unserer Seefadetten befindet sich gegenwärtig in einer Uebergangsperiode oder einem Proberedung, insofern als man die Seefadetten nicht mehr zu einer zweijährigen Reise um die Welt an Bord einer Fregatte kommandirt, sondern sie auf die Panzer des Schulfschiffes beordert. Diese Methode scheint den Nachtheil zu haben, daß die Seefadetten von dem wichtigen Dienstwege der Seemannschaft nur eine verhältnismäßig oberflächliche Ausbildung erlangen, da die modernsten Panzer heute keine Tafelgaleen haben und in den Wintermonaten in Folge der Witterungsverhältnisse an der Kaimauer im Hafen liegen, so

daß dieser Dienstweg mehr theoretisch als praktisch betrieben werden muß. Eine natürliche Folge hiervon ist es, daß der so ausgebildete junge Seecoffizier, wenn er als solcher auf Schiffe der auswärtigen Stationen zum ersten Mal kommt, sich alles das erst aneignen muß, was er schon als Seefadett hätte gelernt haben müssen. Nur ein kleiner Theil von Seefadetten wird neuerdings zu einer achtzehnmündigen Reise nach West-Indien an Bord der Schulfschiffen kommandirt. Erst der spätere Besuch der so verschieden ausgebildeten jungen Offiziere wird zeigen, welcher Weg der bessere ist. Von vielen Seiten wird aber jetzt behauptet, daß die Seefadetten wiederum sämtlich während ihrer Fregatreise in außerordentliche Gewässer zu schicken seien. Da die Zahl der Seefadetten jedoch gegenwärtig so groß ist, daß das Entsenden verschiedener Seefadetten-Schulfschiffe notwendig wäre und dadurch der Marineeta noch wesentlich mehr belastet werden würde, so ist man bereit bis da dem Gedanken näher gerieten, die Seefadetten an Bord der Schiffe des Kreuzergeschwaders zu kommandiren.

Hamburg, 15. März. Die Einte der Bürgerkammer, welche bei der Präsidentenwahl die erste Vice-Präsidentenstelle beanspruchte, aber nicht erhielt, übte in der heutigen Sitzung Obstruktion, indem sie den Beratungsal verließ.

Minden i. Westf., 15. März. Der Landrathsdirektor Bode, ein Sohn des preussischen Kultusministers, wurde heute vom Kreisrat zum Vizepräsidenten des Kreises Minden gewählt.

Sagen i. Westf., 15. März. Bei der heute stattgehabten Landtagswahl für Ope-Meische wurden für Bode 118, für Finsang 50, für Schulte 2 Stimmen abgegeben. Es bedeutet dies einen merkwürdigen Erfolg Finsangs.

Triar, 15. März. Der Massenaustritt aus dem Reichstagsverein dauert fort. Neuerdings sind je 150 Vergütete aus Heilsamwab und Elversberg angetreten.

Nürnberg, 15. März. Der Vorstand der Handelskammer beschloß, eine Eingabe an den Reichskanzler zu richten, in welcher derselbe ersucht wird, mit dem Abbruch von Handelsverträgen, namentlich eines solchen mit Rußland, fortzufahren.

Stuttgart, 15. März. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer kam es bei der Generaldebatte zum Finanzetat zu lebhaften Auseinandersetzungen. Der Abgeordnete Sachs hob die mangels Ueberzeugung hervor, welche die Forderung einer Steuererhöhung bereitet habe. Der Abgeordnete Kaufmann verlangte Auskunft darüber, wie die Uebernahme der Militärverträge auf die ungenügende Finanzlage Württembergs wirken werde, und plaidierte für die Abschaffung der Gesellschaften in Wien und München. Seinem Verstande gegenüber, den Fall Hegelmaier und die Frage der Verfassungsrevision eingehend zu erörtern, verbieth sich das Haus ablehnend.

Strasbourg, i. E., 15. März. Der Landesausch nahm in dritter Sitzung den Etat von Elsaß-Lothringen für 1893-94, welcher in runder Summe mit 52 800 000 Mark balancirt, an.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. März. Der Ministerrath Smollas vom Präsidium des Abgeordnetenhauses ist nunmehr zweifellos. Sein Ministerthum liegt bereits vor, doch will man im Einvernehmen mit Smollas das Schreiben erst in der letzten Sitzung dem Hause mittheilen, damit eine Remission des Präsidiums auf den Herbst verschoben werden kann, da dann noch weitere wichtige parlamentarische Veränderungen erwartet werden. Für Smollas, der vermögenslos ist, wird das Parlament 4000 Gulden Jahresbesoldung bestimmen.

Wien, 15. März. Gegenüber der Meinung italienischer Blätter, daß die österreichische Regierung auf Anregung der italienischen Regierung den Pilgerzug nach Rom unterfagt habe, der angeblich von der Wiener Michaels-Bruderschaft geplant gewesen sei, stellt das „Freidenk.“ fest, es sei in hiesigen maßgebenden Kreisen von einem solchen Schritte der italienischen Regierung nichts bekannt und überhaupt von einem demonstrativen Pilgerzuge der Michaels-Bruderschaft nie die Rede gewesen.

Wien, 15. März. Das Oberhaus stimmte dem Gesetzentwurf betreffend die Festsetzung der Diäten der Abgeordneten auf 2400 Gulden und 800 Gulden Wohnungsgeld zu. Im Laufe der Debatte über die Verlängerung des Budgetprovisionals erklärte der Feldmarschall-Lieutenant Marfch, er bewilligte die Indemnität, jedoch nicht als Vertrauensvotum für die Regierung, deren feldpolitisches Programm er mißbilligte. Die katholische Bevölkerung wünschte die Bisthümer nicht, welche auch den konfessionellen Frieden nicht herbeiföhren werde. Bischof Schallach sprach sich ebenfalls mißbilligend über die Kirchenpolitik der Regierung aus; er behalte sich vor, bei der Budgetdebatte auf die im Abgeordnetenhause erhobenen Angriffe gegen das Episkopat zu erwidern. Das Budgetprovisional wurde sodann angenommen.

Schweiz.

Bern, 15. März. Der Kaiser von Oesterreich ist bald nach 1 Uhr Mittags hier eingetroffen und nach halbständigem Aufenthalt über Zürich und Romanshorn nach München weitergereist. Die Kaiserin Elisabeth verläßt Terriet morgen Mittag und begiebt sich über Bern und Luzern mit der St. Gotthardsbahn nach Genäve.

Zürich, 15. März. Der Kaiser von Oesterreich traf um 3 Uhr 17 Minuten Nachmittags hier ein, nahm das Diner im Salomwagen ein und setzte um 6 Uhr mit dem Arbergzuge die Reise nach München fort.

Niederlande.

Amsterdam, 12. März. Es ist im Interesse der deutschen Industrie, namentlich soweit es sich um den landwirtschaftlichen Maschinenbau handelt, in hohem Grade zu bedauern, daß unsere Vertretung an der „Landbau, Viehzucht und Industrie-Ausstellung“, welche im August, September und Oktober dieses Jahres in Batavia gehalten werden wird, eine so unbedeutende, ja, verschwindend kleine ist. Es mag sein, daß das Interesse derjenigen, welche eine Ausstellung überhaupt besichtigen wollen, im Augenblick vollständig von Chicago in Beschlag genommen wird, aber eben so sicher ist es, daß man sich in Folge dieses Fernbleibens eine schöne Gelegenheit entgehen läßt, um für manchen deutschen Industriezweig ein

neues und lohnendes Absatzgebiet zu finden und zu erschließen. Leider hat sich die preussische Regierung dabei gerade auch nicht sehr entgegenkommend gezeigt, indem sie das vom hiesigen Komitee an sie gerichtete Gesuch um Ermäßigung der Eisenbahnfahrts für die nach Batavia zu schickenden Ausstellungsgesandten abschlägig beschiednen hat. Dagegen werden sich hoffentlich die leitenden deutschen Kolonialfreunde die hier gebotene Gelegenheit nicht entgehen lassen, um durch Abordnung tüchtiger Fachleute an Ort und Stelle neue Erfahrungen zu sammeln, welche für die deutschen Kolonien in landwirtschaftlicher Hinsicht jederfallig mit Erfolg verwertet werden könnten, namentlich soweit es sich um den Anbau tropischer Handelspflanzen handelt. Die Dampfschiffahrts-Gesellschaften „Nederlands“ und der „Rotterdam Lloyd“ haben für Aussteller, deren Vertreter und für Berichterstatter bedeutend ermäßigte Personaltarife bewilligt, jedoch eine Karte Amsterdam-Batavia und zurück für die erste Klasse 1000 und für die zweite nur 530 Gulden beträgt.

Die ultramontane Partei scheint es neuerdings als ein ihr zustehendes Recht zu betrachten, über alles, was in den niederländischen Kasernen vorgeht, eine scharfe Kontrolle zu üben und über Dinge, die ihr nicht beagen, dem Kriegsminister unmittelbar, selbst durch besondere Abordnungen Vorstellungen zu machen. Nicht nur, daß sehr genau Buch darüber geführt und die Vortrommel gehörig gerührt wird, wenn katholische Soldaten durch ihre Dienstpflichten ausnahmeweise einmal vom Besuch der Sonntagsmesse abgehalten werden, letzthin hat sich, wie die „Drs“ mit Befriedigung meldet, eine Abordnung des „niederländisch-römisch-katholischen Arbeiterbundes“ zum Kriegsminister begeben, um über einen Hauptmann Beschwerde zu führen, welcher unter den Soldaten seiner Kompanie sogenannte neumatheistische Brochüren vertheilt haben soll. Als vor Jahren ein ultramontaner Major in Genäve einem gemäßigten liberalen Blatt, wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ den Eintritt in die Kasernen überhaupt verbot, wurde die von liberaler Seite dagegen erhobene Beschwerde ohne weiteres zur Seite gelegt; man ist deshalb mit Recht darauf gespannt, welche Antwort das ultramontane Nebenträgerministerium dieses Mal von dem eigentlichen Departementschef erhalten haben mag.

Genäve, 15. März. Die Regierung, interpellirt wegen des Verbots der Einfuhr von holländischem Vieh nach Deutschland, hat erklärt, daß alle Versuche, Deutschland zur Aufhebung des Einfuhrverbots zu bewegen, erfolglos geblieben seien.

Großbritannien und Irland.

Das englische Unterhaus genehmigte mit 281 gegen 246 Stimmen die zweite Lesung der von Major James beantragten, von der Regierung im Prinzip unterstützten Bill betreffend die lokale Kontrolle des Detailhandels mit geistigen Getränken in Wales. Danach sollen, wenn in einem Bezirke zwei Drittel der darüber Abstim-menden sich für die Schließung der Schänken erklären, während dreier Jahre keine neuen Schank- genehmigungen gewährt und keine alten erneuert werden.

Der Parlamentssekretär des indischen Amtes Russell bestätigte die Nachrichten über Rubelstürmen in Ghilas und fügte hinzu, die letzten der Regierung zugegangenen Berichte, datirt vom 27. Dezember, meldeten, daß alles in Ordnung sei; es seien telegraphisch Einzelheiten über den Umlauf und die Vertheilung, wo die Unruhen stattfanden, verlangt.

Rußland.

Petersburg, 15. März. Die bereits angekündigte statistische Rubelsteuer wird veranschlagt als Neuabg. 1894 eingeföhrt werden. Von jedem eingeführten und ausgeführten Betrag von hundert Rubel ist ein Kopelen an die Zollämter, die der Reise des Passirt oder, wenn die Ein- oder Ausfuhr im Korrespondenzwege erfolgt, an die Postämter bei der Abgabe oder beim Empfang der Korrespondenz zu entrichten. Jeder Reisende mit einem Inlands-Reisepaß ist berechtigt, 3000 Rubel steuerfrei mitzunehmen, den überschüssigen Betrag muß derselbe in ein Hundert abgerundeter Summe angeben. Bei Unterlassung der Angabe ist eine Strafe von 25 Prozent der verheimlichten Summe zu zahlen. Der Finanzminister ist berechtigt, um eine Verlängerung der Rubelsteuer einzukommen, sowie zu bestimmen, welche Beträge Personen mit kurz terminierten Grenzpassirbüchern beim Ueberfahren der Grenze steuerfrei mitnehmen dürfen. Das Finanzministerium wird die Anordnungen erlassen und veröffentlichen, welche erforderlich sind, damit durch die Rubelsteuer der Grenzverkehr nicht gehindert werde.

Türkei.

Konstantinopel, 15. März. Der Hamburger Schnelldampfer „Käpt Bismarck“ ist mit seinen 238 Reisenden Vormittags von hier nach Athen weitergegangnen. Der Sultan befandete ein lebhaftes Interesse für die Reise-Gesellschaft und sandte gestern Abend mehrere Kisten mit Konfakturen und Zigaretten für dieselbe an Bord. Dem Kommandanten des „Käpt Bismarck“, Kapitän Albers, verließ der Sultan den Medjidie-Dreen dritter Klasse.

Amerika.

Das Mittel mit dem Schicksal des Gouverneurs Mc Kinley, der bei dem Brand der Waller'schen Gebrüder in Youngstown (Ohio) seine gesamte Habe verloren haben soll, ist, wie jetzt aus New York verlautet, über angedacht gewesen. Es wurde, wie vielen noch erinnerlich sein dürfte, vor Kurzem mit großer Genehmigung gemeldet, daß Mc Kinley zur Betriedung der Gläubiger seines Fremdes Waller, für den er Bürgschaft geleistet hatte, sein ganzes Vermögen herbeigegeben habe und daß seine Frau diesem edlen Beispiele gefolgt sei. Es ist jedoch Herrn Mc Kinley leicht genug gemacht worden, den Edelmüthigen zu spielen, und es ist ganz widersinnig, anzunehmen, daß ein Yankee und vor allem ein so gewiegener Redner, als Mc Kinley ist, für irgend Jemand, und sei es selbst ein Blutsverwandter, Bürgschaft leisten werde, ohne sich vorher genügend geachtet zu haben. Mc Kinley hat denn auch als Sicherheit für die Indossament der Waller'schen Wechsel eine Lebensversicherung-Police des Letzteren über 120 000 Dollars in Händen, die von der New-

Annahme von Insuraten Kohlwart 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler G. L. Danne, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Graßwald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

berf Mutual-Lebensversicherungs-Gesellschaft auf zwanzig Jahre ausgestellt ist und bereits sechzehn Jahre läuft. Da der Baarwerth der Police schon heute 60 000 Dollars beträgt, können sowohl Herr Mc Kinley als alle diejenigen, die sich um den ihm drohenden Vermögensverlust große Sorgen machten, ganz ruhig schlafen.

Australien.

Eine Karolinenfrage ist wieder aufgetaucht, doch dürfte diesmal dem Papst schwerlich das Schiedsrichteram übertragen werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die spanische Regierung energisch aufgefordert, die ausgewiesenen protestantischen Missionen auf die Karolineninseln zurückkehren zu lassen oder diese an-gemeßen für die durch die spanischen Truppen im Jahre 1890 erlittenen Schäden zu ent-schädigen.

Brisbane (Queensland), 2. Februar. Die neueste Staatsanleihe unserer Kolonie im Betrage von 1 200 000 Pf. ist dreimal gezeichnet worden, ein kaum erwarteter Erfolg im Vergleich zur letzten Anleihe von Neufundland, welche noch nicht zur Hälfte gedeckt wurde. Das europäische Publikum hängt an, in Folge des fortwährenden Bergens Australiens fähig zu werden, und dies wäre in noch höherem Grade der Fall, wenn weiteren Kreisen die ungeheure Belastung der australischen Staaten nicht unbekannt wäre. Wir wollen nur folgende Thatsachen anführen: die reichsten Kolonien Australiens sind Victoria, Neufundland und Queensland; ihre Bevölkerung beträgt 13, 34, und 1/2 Personen pro Quadratmeile, die Schulden belaufen sich auf 36, 45 und 71 Pf. pro Kopf, während sich das Einkommen für Jahr und Einwohner auf 100, bez. 30 und 5 Pf. stellt. Ungeheure Strecken Landes sind im Besitz einiger weniger Großgrundbesitzer und der plebsitrenden Bauern; erstere können fast ausschließlich in England und letztere treiben die Landpreise, unterstützt von der Regierung, künstlich in die Höhe. Die Verhältnisse werden erst dann besser werden, wenn wir den Beispiele Neufundlands folgen. Dort wurde den „abgewandten“ Großgrundbesitzern eine derart hohe Steuer auferlegt, daß sie ihre Ländereien veräußerten, und davon haben Staatsfädel und Farmer die größten Vortheile gehabt.

Vom Korruptionsprozeß.

(Original-Bericht der „Stettiner Zeitung“.)
Paris, 14. März. Wie wir bereits berichtet, begann Bourgeois seine Ansagen mit einem entwirrteten Prozeß gegen ein System, welches den Zweck hat, die Haltung des Justizministers in einem falschen Lichte zu zeigen. Der Präsident Pilet-Desjardins unterbrach den in höchster Aufregung befindlichen und lebhaft geführenden Grminister mit den Worten: Wenn Sie der Sitzung vom vergangenen Sonntag beigewohnt hätten, so würden Sie diesen Prozeß nicht für nötig gehalten haben. Nichts wurde gegen Sie gesagt, außerdem war der Staatsanwalt da. . . Hierauf entfiel ein heftiges Wortgefecht zwischen den Richtern, Bertheiligern, Angeklagten und Zeugen, das wir seiner Bedeutung wegen möglichst getrenn weitergeben. Auf die Bemerkung des Präsidenten Pilet-Desjardins, daß ja auch der Staatsanwalt dazugehört sei, der Bourgeois gewiß gegen eventuelle Anlagen geschäft hätte, bringt der Staats-anwalt erregt auf und sagt oder vielmehr schreit: Wenn ich geglaubt hätte, daß die Persönlichkeit Bourgeois' im Prozeß verwickelt wäre, so hätte ich nicht sofort von meinem Sitze erhoben und hätte mein Amt einem Anderen abgetreten. Ich habe niemals auch nicht den geringsten Verdacht gegen Herrn Bourgeois ausgesprochen lassen, mit dem mich zwanzigjährige Beziehungen verbinden.

Bourgeois erklärt, daß er keine Stellung eignes ausgegeben hat in der Absicht, um lebhafter gegen das Manöver, das man ausführt, und welches den Interessen der Gerechtigkeit schaden könne, protestieren zu können. Wenn ich diese Verleumdung nicht zerföhre, so könnte man glauben, daß die Gerechtigkeit in Frankreich von allen möglichen persönlichen Einflüssen abhängig; vor allem wollte ich nicht, daß man den Justizminister in einen Angeklagten verwandeln könne.

Vertheiliger Barbou: Bourgeois tritt aus seiner Stelle als Zeuge heraus, wenn er von Manövern spricht; wenn schreibt er diese Manöver zu?

Bourgeois: Ich weiß es nicht, aber was ich weiß, das ist, daß ich diese Manöver am hellen Tage entfallen wollte.

Barbou: Niemand hat die Wahrhaftigkeit der Aussagen der Frau Cottu bestritten können, und was Sie Manöver nennen, das ist bloß die Unrichtigkeit der Frau Cottu.

Der Präsident will Barbou zu seinen weiteren Unterbrechungen das Zeugen verbinden, worauf Ch. de Lespès erregt aufspringt, indem er sagt: „Bitte sehr; Bourgeois klagt mich der Manöver an; da wird mein Vertheiliger wohl das Recht haben, meine Interessen zu wahren. (Zu Bourgeois gewendet): Uebrigens siehe ich Ihnen gegenüber. Reben Sie doch.“

Bourgeois: Ich habe mir gesagt, daß dem Zwischenfall ein Manöver zu Grunde liegt, gegen welches ich im Interesse meiner Stellung als Justizminister protestiere.

Hierauf wird Goliard wieder vorgelöhrt, bei dessen Erscheinen im Publikum allgemeines Gölchter ausbricht; denn seine Ansagen sind gewöhnlich so verwirrt, mit einer solchen unüberstehlichen Konfil vorgetragen, daß das Publikum stets in Angst ist, daß der Präsident der andauernden Heiterkeit wegen den Saal räumen läßt.

Bourgeois (zu Goliard): Haben Sie der Frau Cottu mitgetheilt, daß zwischen ihr und der Regierung ein Einverständnis herbeigeföhrt werden könne und haben Sie dabei jemals von mir gesprochen?

Goliard: Niemand!

Der Präsident: Wie konnte denn Frau Cottu sich veranlassen sehen, die Photographie Bourgeois' zu kaufen, um ihn bei der Unterredung zu erkennen?

Goliard: Es liegt vielleicht eine Verwechslung vor, ich habe von einem Freunde gesprochen, den ich im Ministerium des Innern, nicht aber im Justizministerium habe.

Barbou: Bitte sehr, Goliard hatte mir von einem Bekannten im Justizministerium gesprochen. Frau Cottu: Goliard hat mir mitgetheilt, daß die Regierung wünschte, eine Vertheidigung herbeizuföhren und ich sollte eine diesbezügliche

